Konrad Kwiet

Die NS-Zeit in der westdeutschen Forschung 1945–1961

Mehr als vier Jahrzehnte nach dem Ende der NS-Herrschaft gehört der Nationalsozialismus zu einem der am intensivsten bearbeiteten Untersuchungsgegenstände der Zeitgeschichtswissenschaft, und zu einem Allgemeinplatz ist inzwischen die Redewendung geworden, daß die ständig steigende Flut der Literatur selbst für den Spezialisten kaum noch überschaubar ist. Ebenso unbestritten ist, daß die Erforschung des Nationalsozialismus stets mit der Auseinandersetzung über die „Bewältigung der Vergangenheit“ verknüpft war. Diese Verbindung scheint sich jetzt erst allmählich aufzulösen. Eine ganze Reihe von Literatur- und Forschungsberichten haben die historiographische Entwicklung nachgezeichnet¹, die sich meiner Meinung nach in 3 Phasen periodisieren läßt. Die erste Phase reicht von 1945 bis 1961, die zweite bis 1983, die dritte erstreckt sich auf die unmittelbare Gegenwart. Mein Beitrag beschränkt sich auf die Anfangsphase. Die Urteile über die Leistung der sich etablierenden westdeutschen Zeitgeschichtsforschung gehen weit auseinander. Auf der einen Seite steht die Kritik an den ideologisierenden und moralisierenden Betrachtungsweisen; an den Hitlerismus- und Totalitarismusvorstellungen; an der Glorifizierung des bürgerlich-konservativen Widerstandes und der Diskriminierung des kommunistischen Antifaschismus sowie an der „Verdrängung“ der Judenverfolgung und anderer Themen. Auf der anderen Seite stehen Verständnis und – in zunehmendem Maße – Lob. Ernst Schulin zieht den Vergleich mit der Situation nach dem Ersten Weltkrieg heran und kommt zu dem Urteil, daß die westdeutsche Zeitgeschichtsforschung anders als 1918 die unmittelbare Vergangenheit „nicht nationalbewußt verteidigt oder beschwiegen, sondern

¹ Um nur einige wichtige zu nennen: *Hans Mommsen*, Nationalsozialismus, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd 4 (Freiburg 1971) Spalte 695–713; *Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg*. Bd. 3, hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte (Stuttgart 1973); *Karl Dietrich Bracher*, Zeitgeschichtliche Kontroversen – Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie (München 1976); *Wolfgang Wippermann*, „Deutsche Katastrophe“ oder „Diktatur des Finanzkapitals“? Zur Interpretationsgeschichte des Dritten Reiches, in: *Die deutsche Literatur im Dritten Reich. Themen, Traditionen, Wirkungen*, hrsg. v. *Horst Denker/Karl Prüm* (Stuttgart 1976) 9–43; *Andreas Hillgruber*, Tendenzen, Ergebnisse und Perspektiven der gegenwärtigen Hitler-Forschung, in: *HZ* 226 (1978) 600–621; *Klaus Hildebrand*, Das Dritte Reich (München/Wien 1979) 117–194; *Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen*, Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz (Düsseldorf 1983) vor allem 687–798; *Christoph Cobet* (Hrsg.), Einführung in Fragen an die Geschichtswissenschaft in Deutschland nach Hitler 1945–1950 (Frankfurt/M. 1986).

schnell, kritisch und ziemlich schonungslos erforscht hat... Im Vergleich zu den 20er Jahren und z.T. auch im Vergleich zur ausländischen Zeitgeschichtsforschung [stellt sie] ein Ruhmesblatt der deutschen Geschichtswissenschaft“ dar². In einem anderen Kontext beurteilt Hermann Lübke die Leistung der westdeutschen Nachkriegshistorie. Für ihn besitzt die gelingende „Rekonstruktion deutscher Staatlichkeit“ oberste Priorität³. Grundvoraussetzung dafür war, daß nach 1945 auf der normativen Ebene die politische und moralische Niederlage der nationalsozialistischen Herrschaft anerkannt wurde, als es darum ging, die Bevölkerung in den neuen demokratischen Staat zu integrieren. Dazu bedurfte es einer gewissen „Zurückhaltung in der öffentlichen Thematisierung individueller oder auch institutioneller Nazi-Vergangenheiten“⁴; verständlich wird, warum in der Etablierungs- und Konsolidierungsphase der Bundesrepublik „historische oder theoretische Bemühungen exemplarischer und analytischer Bewältigung des Nationalsozialismus“ nur eine geringe Rolle spielten⁵. Lübkes zentrale These lautet: „Diese gewisse Stille war das sozialpsychologisch und politisch nötige Medium der Verwandlung unserer Nachkriegsbevölkerung in die Bürgerschaft der Bundesrepublik Deutschland.“⁶ Da dies erreicht wurde, gibt es keinen Anlaß mehr, die Frage nach der „Bewältigung der Vergangenheit“ zu stellen. Thomas Nipperdey hält sie ohnehin für ein historisch-sinnloses Unterfangen. So wie Lübke vertritt er die Auffassung, daß die alte „Verdrängungsthese“ von Beginn an „falsch“ war und nunmehr der Zeitpunkt gekommen ist, ein Konzept zu zertrümmern, das von Alexander und Margarete Mitscherlich in den 60er Jahren vorgelegt wurde. Gemeint ist die vielzitierte „Trauerarbeit“, die nicht zuletzt auch darauf abzielte, die Fähigkeit zu entwickeln, die gesellschaftlichen Bedingungen und Verhaltensweisen aufzuarbeiten und zu verändern, die die Realität von Auschwitz ermöglicht haben. Gesellschaftskritik und Veränderung von Sozialverhalten werden von Nipperdey so verstanden⁷: „Die Kritik an der Unfähigkeit zu trauern hat ja bekanntlich nicht mehr Fähigkeit zu trauern erzeugt, was eigentlich das Reale gewesen wäre, sondern was sie erzeugt hat, ist die Fähigkeit zur Anklage.“

Den deutschen Historikern mußte es 1945 schwerfallen, sich und anderen zu erklären, wie es denn eigentlich gewesen war und wie es denn eigentlich weitergehen sollte. In der Regel erlebten und empfanden sie – wie die übergroße Mehrheit der Bevölkerung – den alliierten Sieg über den Nationalsozialismus nicht als Befreiung, sondern als Niederlage, als Katastrophe. Die Zerschlagung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems besiegelte den Untergang des Deutschen Reiches, dem man so lange

² Ernst Schulin, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg – Ein Vergleich* (MS Manuskript – Referat, Berlin Oktober 1985) 8 f.

³ Hermann Lübke, *Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der Gegenwart*. [Abschlußvortrag auf der Intern. Konferenz zur NS-Machtübernahme in Berlin 1983], in: *Deutschlands Weg in die Diktatur*, hrsg. v. Martin Broszat u. a., (Berlin 1983) 338.

⁴ Ebenda, 335.

⁵ Ebenda, 333.

⁶ Ebenda, 334.

⁷ Ebenda, 370 (Podiumsdiskussion).

gedient hatte⁸. Die katastrophalen Kriegsfolgen, der Verlust der staatlichen Souveränität, die Existenz „fremder“ Besatzungsmächte und die Konfrontation mit den monströsen Verbrechen des Nazi-Regimes lösten eine Identitätskrise und das Gefühl der historisch-politischen Desorientierung aus⁹. Die alliierten Siegermächte fällten ein Verdikt über die diskreditierte Historie: der Lehrbetrieb an Universitäten und Höheren Schulen wurde zunächst untersagt, dann behindert. Enge Grenzen waren der privaten Forschungstätigkeit gesetzt: Verbote, Säuberungen und Zerstörungen verschlossen den Zugang zu Archiven und Bibliotheken. Hinzu kam die Zeichnung wissenschaftlicher Arbeit durch persönliche Nöte und Schicksale aller Art. In der Öffentlichkeit stieß die Historie auf Desinteresse und Verachtung. Das zeigte sich auch darin, daß es vorwiegend Literaten, Journalisten und Verleger waren, die die Debatten über die „Bewältigung der Vergangenheit“ führten.

Ratlosigkeit und Bestürzung spiegelten sich in den zeitgenössischen Äußerungen der Historiker wider. Ein Prozeß der Selbstbesinnung setzte ein. Er sollte nicht nur die Voraussetzung für eine weitere, sinnvolle Forschung schaffen, sondern auch dazu beitragen, jene historisch-politischen Traditionen und Wertvorstellungen zu erneuern, „die die Basis für die moralische und psychische Regeneration“ der Nation bilden konnten¹⁰. Eine wirkliche Neuorientierung unterblieb jedoch. Rasch erfolgte eine Restauration, die sich in den Etablierungs- und Konsolidierungsprozeß der Bundesrepublik Deutschland einfügte.

Auf der personellen Ebene behielten die alten konservativen Repräsentanten das Heft in der Hand. Der greise, fast 85jährige Friedrich Meinecke übernahm die Rolle des Nestors. Der 65jährige Gerhard Ritter meldete bald seinen Führungsanspruch an. Beiden eilte der Ruf voraus, in Opposition zum Nationalsozialismus gestanden zu haben. Ihren Platz in der Historikerkunft nahmen die Geschichtsforscher wieder ein, die im Dritten Reich aus „rassischen“ Gründen ihre Stellungen verloren hatten: Ludwig Dehio und Hans Herzfeld gehörten dazu. Zu ihnen stieß Hans Rothfels, der 1950 aus dem amerikanischen Exil zurückkehrte und zur Legitimationsfigur der westdeutschen Zeitgeschichtsforschung wurde¹¹. Fast alle anderen emigrierten Historiker lehnten die Rückkehr in das Nachkriegs-Deutschland ab; viele waren erst Jahre später bereit, Einladungen zur Übernahme von Gastprofessuren anzunehmen. Schnell in Vergessenheit gerieten die Mitglieder der NSDAP, die den ersten rigiden Entnazifizierungen zum Opfer fielen. Nur die Eifrigsten verschwanden: Mit ihnen verlor die deutsche Geschichtswissenschaft ihre „völkische“ Tradition¹². Den weniger Lautstarken wurde

⁸ Vgl. hierzu: *Immanuel Geiss*, Die westdeutsche Geschichtsschreibung seit 1945, in: *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte* 3 (1974) 422 ff.

⁹ *Hans Mommsen*, Haupttendenzen nach 1945 und in der Ära des Kalten Krieges, in: *Geschichtswissenschaft in Deutschland*, hrsg. von *Bernd Faulenbach* (München 1974) 112.

¹⁰ Ebenda, 113.

¹¹ Vgl. dazu *Hans Mommsen*, Geschichtsschreibung und Humanität – Zum Gedenken an Hans Rothfels, in: *Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert*, hrsg. von *Wolfgang Benz* und *Hermann Graml* (Stuttgart 1976) 9–27.

¹² *Georg G. Iggers*, *Deutsche Geschichtswissenschaft* (München 1971) 327.

bald wieder die Möglichkeit gegeben, an einigen westdeutschen Universitäten und vor allem an den Technischen Hochschulen die wissenschaftliche Karriere fortzusetzen. Das Gros der gemäßigten, parteilosen Historikerkunft mußte sich nur wenige Wochen oder Monate gedulden, ehe es wieder an die „gesäuberten“ Universitäten gerufen wurde.

Auf der methodologischen Ebene hielten die Historiker an den tradierten Dogmen des Historismus fest. In seiner programmatischen Schrift über „Die deutsche Katastrophe“, die 1946 nicht ohne Schwierigkeiten die englische Zensur passierte, hob Friedrich Meinecke die Notwendigkeit hervor, das historische Denken und herkömmliche Geschichtsbild einer „gründlichen Revision“ zu unterziehen. Der Revisionsvorschlag beschränkte sich darauf, die „Werte“ und „Unwerte“ der deutschen Geschichte zu scheiden. An den Historiker appellierte er: „Liebe und Strenge zugleich für unsere Vergangenheit zu beweisen und voranzugehen in der Aufgabe, ihre wahren Werte zu erhalten, ihre Unwerte zu erkennen und, wenn es zum Handeln kommt, vor ihnen zu warnen.“¹³ Anders als früher wurde damit nach den Erfahrungen der NS-Zeit der Akzent stärker auf die moralische und politische Verantwortung des Historikers gelegt. Ernst Schulin hat für diese(n) Verschiebung/Wandel nach 1945 den Begriff des „politisch-moralisch gezähmten Historismus“ eingeführt¹⁴. Gerhard Ritter bestimmte dann 1949 Standort und Perspektive der Geschichtswissenschaft, als er mit einem Grundsatzerferat den ersten Historikertag der Nachkriegszeit eröffnete¹⁵. Er entwarf ein umfassendes Reformprogramm und ermahnte die Historiker, ihrer „ersten und eigentlichen Aufgabe“ nicht untreu zu werden – und das „Verstehen“ durch das „Kritisieren“ zu ersetzen. „Ich glaube nicht“, so erklärte er, „daß die Historie irgendwelchen Anlaß hat, diese ihre Haltung grundsätzlich zu verändern.“ Zugleich wies Ritter auf die Verpflichtung hin, sich mit der „jüngsten Vergangenheit“ auseinanderzusetzen. Dabei betonte er die Schwierigkeit, unter der auf uns eintrommelnden ausländischen Propaganda sich auf die Erforschung der „reinen Wahrheit“ zu konzentrieren, „Deutschland aber als das Land, von dem die zentrale Erschütterung unseres Erdteils ausging, hat das unmittelbarste und dringendste Interesse daran, durch Aufklärung der echten Wahrheit sich vom Alb seiner Vergangenheit zu befreien“. Damit war, wie Schulin angemerkt hat, „die allzu trostreiche und illusorische Vorstellung von der möglichst schnellen Bewältigung der jüngsten Vergangenheit ausgesprochen worden, die die Zeitgeschichtsforschung lange beherrschen sollte“¹⁶.

Die Hauptlast der wissenschaftlichen Aufarbeitung der NS-Zeit wurde nicht von der Universitätshistorie, sondern von einer außeruniversitären Forschungsinstitution getragen – dem Münchner Institut für Zeitgeschichte. Die lange und bewegte Gründungsgeschichte zeigt, welche Hindernisse überwunden werden mußten, um mit der

¹³ Friedrich Meinecke, *Die deutsche Katastrophe* (Wiesbaden 1946) 159.

¹⁴ Ernst Schulin, *Rückblicke auf die Entwicklung der Geschichtswissenschaft*, in: *Die Funktion der Geschichte in unserer Zeit*, hrsg. von Eberhard Jäckel und Ernst Weymar (Stuttgart 1975) 15.

¹⁵ HZ 170 (1950) 1–22.

¹⁶ Ernst Schulin, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg* (Manuskript) 3.

Arbeit beginnen zu können¹⁷. Seit Ende 1945 im Gespräch und zunächst als ein „Amt für politische Dokumentation“ konzipiert, scheiterten bis 1950 alle Anläufe an administrativen Kompetenzstreitigkeiten, politischen und wissenschaftlichen Richtungskämpfen und vor allem an ungelösten Finanzproblemen. Noch 1949 suchte die Historikerschaft das Münchner Unternehmen als unwissenschaftlich zu diskreditieren und zu Fall zu bringen: Sie strebte die „schleunige Errichtung eines gut ausgestatteten deutschen Instituts zur zentralen Organisation zeitgeschichtlicher Forschungen“ an¹⁸. Die Gründe dafür gab Gerhard Ritter auf dem Historikertag von 1949¹⁹: „Aber wie sorgsam, wie wohlüberlegt muß ein solches Institut organisiert werden, damit es nicht zur politischen Verleumdungszentrale wird! Ohne die leitende Hand eines erfahrenen Fachhistorikers, der Wesentliches vom Nebensächlichen zu scheiden, alle Kraft auf die zentralen Probleme zu lenken versteht und den ein Kollegium ausgesuchter Fachleute unterstützt, geht es nicht. Was bisher von deutschen Länderregierungen zur Gründung eines solchen Forschungsinstituts unternommen wurde (leider ohne Mitwirkung irgendeines Fachhistorikers) blieb finanziell ungesichert. So bedarf es hier eines völligen Neuanfangs, und hinter diesem Verlangen steht die ganze deutsche Historikerschaft.“

Weitere Angriffe folgten; sie blieben ohne Erfolg. Die Konstituierung des Instituts für Zeitgeschichte markierte den „Neuanfang“. Die finanziellen Mittel, die zur materiellen und personellen Ausstattung zur Verfügung gestellt wurden, bewegten sich vorerst noch in engen Grenzen. 1953 – dem Erscheinungsjahr der „Vierteljahrshefte“ – wies der Stellenplan 5 wissenschaftliche Mitarbeiter aus. Erst ab 1955/1956 stabilisierte sich die bis dahin „latent krisenhafte bis katastrophale Haushaltslage“ des Instituts²⁰, das sich unter der Leitung Helmut Krausnicks und dann Martin Broszats zum führenden Forschungs- und Publikationszentrum der westdeutschen wie ausländischen Zeitgeschichtswissenschaft entwickeln sollte²¹. Ein zweiter Versuch, die Aufarbeitung der NS-Zeit einer außeruniversitären Forschungsinstitution anzuvertrauen, wurde in Hamburg unternommen. Das Unternehmen schlug zunächst fehl. Erst 1960 (re)etablierte sich die kleine, aber effiziente „Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus“, die sich mit dem Namen und Wirken ihres langjährigen Leiters Werner Jochmann verbindet²².

¹⁷ Hellmuth Auerbach, Die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte, in: VJHZG 18 (1970) 529–554.

¹⁸ So in der Entschließung des Historikertages von 1949; in: HZ 169 (1949) 670.

¹⁹ HZ 170 (1950) 19.

²⁰ Wolfgang Benz, Quellen zur Zeitgeschichte, in: Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg, Bd. 3, hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte (Stuttgart 1973) 30.

²¹ Vgl. dazu: 25 Jahre Institut für Zeitgeschichte (München 1975).

An dieser Stelle möchte ich mich bei Herrn Professor Helmut Krausnick bedanken, der mit einer scharfen und ausführlichen Kritik auf mein Thesenpapier reagiert und dann nach dem Symposium im Institut für Zeitgeschichte lange Gespräche mit mir geführt hat, die zur Klärung einiger Streitpunkte beitrugen.

²² Vgl. Ursula Büttner, Werner Jochmanns Wirken als Leiter der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus, in: Das Unrechtsregime. Bd. I, hrsg. von Ursula Büttner unter Mitw. v. W. Jobe u. A. Voß. (Hamburg 1986) XV–XXIX.

Die Verspätung in der wissenschaftlichen Erforschung der NS-Zeit wurde von vielen Historikern nicht nur mit dem Hinweis auf den fehlenden Zeitabstand, sondern auch mit dem Hinweis auf die fehlenden Quellen zu erklären versucht. Die archivalischen Restriktionen²³, bedingt durch die enormen Aktenverluste, die zum einen während des Krieges durch Auslagerungen, Luftangriffe und Selbstzerstörungen und zum anderen nach 1945 durch die Konfiskationen der alliierten Siegermächte eingetreten waren, erwiesen sich in der Tat als ein großes Handikap. Schon früh verlangten westdeutsche Historiker und Archivare die schnelle Rückgabe des „verschleppten“ Archivgutes, mit der sie natürlich ein Stück staatlicher Souveränität zurückgewinnen wollten. Gerhard Ritter verband die Forderung auf dem Historikertag von 1949 mit dem Hinweis, daß die Historikerschaft – im Besitz der Akten – schon 1945 in der Lage gewesen wäre, die Arbeit aufzunehmen. Schrittweise wurden die „Beuteakten“ wieder freigegeben – zumindest von den westlichen Bündnispartnern; Anfang der 60er Jahre konnte man in westdeutschen Archiven mit der Sichtung und Auswertung umfassender Aktenbestände beginnen. Die Resultate schlugen sich in der einsetzenden Flut von empirisch abgesicherten Studien und Dokumentationen nieder.

In den ersten Nachkriegsjahren stand nur ein sehr begrenzter Quellenbestand zur Verfügung. Da gab es das publizierte nationalsozialistische Schrifttum – vor allem die Schriften, Reden und Tagebücher von NS-Funktionären sowie die Gesetze und Verordnungen der NS-Behörden. Weitere Zeugnisse fanden sich in den Dokumenten des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses, in ausländischen Publikationen sowie in den Erlebnisberichten und der florierenden Memoirenliteratur. Aus diesen Materialien wurden schnell einige Zeugnisse in den Rang von „historischen Schlüsseldokumenten“ erhoben, an denen sich die Beschreibungs- und Interpretationsmuster orientierten. Unter den Quellensammlungen ragte die Dokumentation des Schweizer Historikers Walther Hofer heraus²⁴. Sie erschien im August 1957 in einer Auflage von 50 000; im August 1961 erreichte sie eine Auflagenhöhe von über 300 000; 1975 waren es doppelt so viel. Die erste, knappe Überblicksdarstellung zur Geschichte des Dritten Reiches legten Hermann Mau und Helmut Krausnick 1953 vor. Auch sie fand eine starke Resonanz: die 5. Auflage von 1961 erreichte eine Höhe von 30 000²⁵. Das Interesse an zusammenfassenden Darstellungen nahm zu: Ende der 50er Jahre lagen die Publikationen von Hans Buchheim, Helga Grebing, Martin Broszat und Hermann Glaser²⁶ vor – sowie die Beiträge von Hans Herzfeld, Walther Hofer und Karl Dietrich Erdmann, die in historischen Handbüchern erschienen²⁷.

²³ Vgl. dazu: *Josef Henke*, Das Schicksal deutscher zeitgeschichtlicher Quellen in Kriegs- und Nachkriegszeit, in: *VJHZG* 30 (1982) 557–620.

²⁴ *Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933–1945*, hrsg. von *Walther Hofer* (Frankfurt/M. 1957).

²⁵ Sie erschien zuerst als Bestandteil in dem von Peter Rassow herausgegebenen Handbuch „Deutsche Geschichte im Überblick“ (Stuttgart 1953), dann als selbständige Schrift: *Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit. 1933–1945* (Tübingen 1956).

²⁶ *Hans Buchheim*, Das Dritte Reich (München 1958); *Helga Grebing*, Der Nationalsozialismus (München 1959); *Martin Broszat*, Der Nationalsozialismus (Stuttgart 1960); *Hermann Glaser*, Das Dritte Reich (Freiburg 1961).

²⁷ *Hans Herzfeld*, Die Moderne Welt 1789–1945, Bd. 2 (Braunschweig 1960); *Walther Hofer*,

Zu einzelnen Themenbereichen:

Am Anfang stand der Versuch nach einer Einordnung des Dritten Reiches in die Geschichte. Diese Standortbestimmung, die sich auch ohne Aktenstudien durchführen ließ, übernahm zwei Aufgaben. Zum einen ging es darum, nach dem Schock über die Katastrophe von 1945 das historische Selbstverständnis wiederzugewinnen. Das setzte die kritische Überprüfung der nationalen Traditionen voraus. Zum anderen kam es darauf an, die Anklagen und Urteile zu widerlegen, die über die deutsche Geschichte gefällt worden waren. Im Westen wie Osten²⁸ waren Thesen propagiert worden, die den Nationalsozialismus als zwangsläufiges Resultat der deutschen Geschichte hinstellten und als Beleg eine lange Kontinuitätslinie oder eine Ahnengalerie nationalsozialistischer „Vorläufer“ konstruierten, die von den mittelalterlichen Kaisern und Martin Luther bis zu Bismarck und Kaiser Wilhelm II. reichte. Gegen diese Ableitungsversuche setzte man sich zur Wehr.

Ein allgemeiner Konsensus bestand darin, die Diskontinuität herauszustellen und den Nationalsozialismus als Bruch der deutschen Geschichte, als Bruch mit ihren Traditionen aufzufassen. Das bedeutete, daß die Wurzeln des Nationalsozialismus weniger in der deutschen als vielmehr in der europäischen Geschichte zu suchen waren. Gerhard Ritter vertrat die These: „Im Kern seines Wesens ist der Nationalsozialismus gar kein originaldeutsches Gewächs, sondern die deutsche Form einer europäischen Erscheinung: des Einparteien- und Führerstaates. Dieser aber läßt sich nicht aus älteren Traditionen erklären, sondern nur aus einer spezifisch modernen Krisis, aus der Krisis der liberalen Gesellschaft und Staatsform.“²⁹

Diese Krise begann für Ritter mit der Französischen Revolution und ihrem demokratischen Jakobinismus und führte zum allgemeinen „Kulturverfall“. Nicht alle Historiker stimmten dem zu. Ludwig Dehio, der erste Nachkriegsherausgeber der Historischen Zeitschrift, wies auf Kontinuitäten und Zusammenhänge des preußischen und deutschen Machtstaates hin und sah das nationalsozialistische Herrschaftssystem als letzte Übersteigerung des modernen Hegemonialstaates an³⁰. Diese Auffassung stieß auf entschiedenen Widerspruch.

Die Diktatur Hitlers bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges, in: *Brandt-Meyer-Just*, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4.2 (Konstanz 1965). Als Sonderdruck auch: Konstanz 1959/1961. *Karl Dietrich Erdmann*, Die Zeit der Weltkriege, in: *Gebhardt*, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4, hrsg. von *Herbert Grundmann* (Stuttgart 1959), Teil C = Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, Teil D = Der zweite Weltkrieg.

²⁸ Vgl. dazu *Wippermann*, „Deutsche Katastrophe“ oder „Diktatur des Finanzkapitals“?, 13.

²⁹ *Gerhard Ritter*, Europa und die deutsche Frage (München 1948). Eine überarbeitete Fassung erschien unter dem Titel: Das deutsche Problem (München 1962), in der das Zitat auf S. 23 wieder aufgenommen wurde. Ritter nahm diese Grundthese auch in seine Goerdelerbiographie und tradierte sie über alle Neuauflagen. Zitiert nach *Gerhard Ritter*, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung (München 1964) 94.

³⁰ *Ludwig Dehio*, Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der modernen Staatengeschichte (Krefeld 1948); *ders.*, Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert (München 1955); *ders.*, Der Zusammenhang der preußisch-deutschen Geschichte 1640–1945, in: *Alain Clément u.a.*, Gibt es ein deutsches Geschichtsbild? (Würzburg 1961) 65–91.

Anfang der 60er Jahre brach die Diskussion um das Kontinuitätsproblem wieder auf. Sie führte zu einer erbitterten und langen Kontroverse, in der die herrschende Lehrmeinung aufgelöst wurde. Das Verdienst, den historiographischen Wandel eingeleitet zu haben, fällt Fritz Fischer zu.

Schon vor dem Ausbruch der Fischer-Kontroverse zeichnete sich in der Zeitgeschichtsforschung der Trend ab, das Dritte Reich nicht mehr aus der deutschen Geschichte auszugrenzen. Damit begann man auch eine Lehre zu revidieren, die aus der Bruch-Theorie abgeleitet worden war und die sich im Wissenschaftsbetrieb wie in der Öffentlichkeit festgesetzt hatte, nämlich die Auffassung, daß der Nationalsozialismus ein „Zufall“ oder „Betriebsunfall“ der deutschen Geschichte gewesen war. Martin Broszat schrieb 1960³¹: „Die jahrelange Anfälligkeit der deutschen bürgerlichen und geistigen Elite für den Nationalismus, der Grad ihrer geistigen Bestechlichkeit ist ein Indiz dafür, daß Hitler nicht einfach als fataler ‚Zufall‘ der deutschen Geschichte begriffen werden kann, sondern daß hierbei bestimmte, zum Teil weit zurückreichende geistesgeschichtliche Prädispositionen mitwirkten.“

Am 20. Juli 1961 nahm Helmut Krausnick auf dem Evangelischen Kirchentag in Berlin zum Thema „Unser Weg in die Katastrophe von 1945“ Stellung und betonte³²: „Ein weiterer Hauptgrund für die Überprüfung des geistigen und politischen Weges ins Dritte Reich aber liegt in der unabweisbaren Erkenntnis, daß es sich dabei *nicht* um einen bloßen Betriebsunfall der deutschen Geschichte handelt.“

Um Traditions- und Identitätsfragen ging es auch bei der Beschäftigung mit dem Widerstand, der schnell in das Zentrum der Zeitgeschichtsforschung rückte. Das Interesse konzentrierte sich auf die bürgerlich-konservative Opposition, die von hohen Offizieren, Beamten und Kirchenmännern getragen worden war. Die Würdigung dieses Widerstandes entsprang einem politisch-nationalen wie pädagogischen Legitimationsbedürfnis. Mit dem Bild eines „anderen Deutschlands“ suchte man nicht nur die alliierten Verdikte zurückzuweisen und den deutschen Namen wieder aufzuwerten, sondern vor allem auch eine Traditionslinie freizulegen, die dem demokratischen Neubeginn in der Bundesrepublik historische Legitimität und moralische Integrität verleihen sollte. Nicht anders – nur mit umgekehrten Vorzeichen – nahm die DDR die Geschichte des Widerstandes als Vorläufer in Anspruch³³; hier bemühte man sich um die Konstruktion einer ungebrochenen Tradition des kommunistischen Antifaschismus, die von allen Widersprüchen und Abweichungen gesäubert wurde. Das Problem in Westdeutschland lag darin, daß in den „Neuordnungs-Konzeptionen“ der bürgerlich-konservativen Opposition Zielvorstellungen verkündet worden waren, die vom demokratischen Parlamentarismus abwichen. Es wurde „gelöst“, indem man die sittlich-moralischen Antriebskräfte herausstellte. Das drückte sich in den Formeln

³¹ Broszat, Der Nationalsozialismus. Weltanschauung, Programm und Wirklichkeit (Hannover 1960) (Schriftenreihe der niedersächs. Landeszentrale f. polit. Bildung. Zeitgeschichte Heft 8).

³² Der Vortrag ist abgedruckt in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenschrift „Das Parlament“ Nr. 19 vom 9. Mai 1962, Zitat S. 229.

³³ Vgl. dazu Mommsen, Haupttendenzen nach 1945, 119.

vom „Aufstand des Gewissens“, „Vollmacht des Gewissens“ oder „Geist der Freiheit“ aus³⁴.

Richtungsweisend für die Widerstandsforschung waren zwei Werke: Hans Rothfels' „Deutsche Opposition gegen Hitler“ und Gerhard Ritters „Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung“.

Rothfels' Studie erschien 1949 erstmals in deutscher Sprache³⁵. Sie ging auf einen Vortrag zurück, der 1947 zum Gedächtnis des 20. Juli in Chicago gehalten und der ein Jahr später in erweiterter Form veröffentlicht worden war mit dem Ziel, im angelsächsischen Lager „Vorurteile aufzulösen, eine undogmatische Erörterung in Gang zu bringen, fern von aller ‚Mythologisierung‘, und so der historischen Gerechtigkeit Raum zu schaffen“³⁶. An diesem Ausgangspunkt hielt Rothfels in den deutschen Ausgaben fest – ebenso an seiner Absicht, keine Geschichte des Widerstands schreiben, sondern den Widerstand „in bestimmte Sach- und Wertzusammenhänge einordnen“ zu wollen³⁷. Keinen Zweifel ließ er daran, daß er sich bei dieser Aufgabe nicht an dem für ihn ohnehin fragwürdigen Ideal der Wertfreiheit der Geschichtswissenschaft, sondern an unverzichtbaren sittlich-moralischen Prinzipien orientieren würde. Rothfels interpretierte den Widerstand im Dritten Reich als eine „Offenbarung des Menschlichen inmitten aller Unmenschlichkeiten“³⁸, als den „Aufstand des Gewissens“, der „menschliche Freiheit, Verantwortung und Würde“ wiederherzustellen suchte³⁹. Diese Grundwerte sah der konservative Historiker in den staatlichen und gesellschaftlichen Ordnungsprinzipien des Bismarckreiches verankert. Sein Rekonstruktionsversuch diente dazu, die Widerstandskämpfer, insbesondere die Mitglieder des Kreisauer Kreises, denen er sich besonders verbunden fühlte, als Repräsentanten der alten preußischen Humanität vorzustellen. Von hier aus konnte er den Bogen in die westdeutsche Nachkriegszeit spannen und an eine Tradition anknüpfen, von der er sich die Sicherung und Ausbreitung von Humanität wie die Wiederentdeckung und Rehabilitierung der preußischen Staatsidee erhoffte. Hermann Graml bemerkt dazu⁴⁰: „Wahrlich ein faszinierender Vorgang: Just in dem historischen Augenblick, da der deutsche Osten und Preußen selbst aus der politischen Realität verschwanden, machte sich ein Historiker daran, Potsdam in Westdeutschland neu zu gründen... Hans Rothfels

³⁴ *Annedore Leber* (Hrsg.), *Das Gewissen entscheidet* (Berlin 1960); *dies.*, *Das Gewissen steht auf* (Berlin 1954); *Europäische Publikationen* (Hrsg.), *Die Vollmacht des Gewissens*, 2 Bde. (Berlin 1956); *Eberhard Zeller*, *Geist der Freiheit. Der zwanzigste Juli* (München 1952).

³⁵ *Hans Rothfels*, *Die deutsche Opposition gegen Hitler* (Krefeld 1949).

³⁶ Zitiert nach *Hans Rothfels*, *Die deutsche Opposition gegen Hitler*, eingeleitet v. *Hermann Graml* (Frankfurt/M. 1986) (Vorwort zur erweiterten Ausgabe von 1969) 16.

³⁷ Ebenda, 15.

³⁸ *Hans Rothfels*, *Sinn und Aufgabe der Zeitgeschichte*, in: *ders.*, *Zeitgeschichtliche Betrachtungen. Vorträge und Aufsätze* (Göttingen 1959) 15f. Vgl. dazu im einzelnen den grundlegenden Aufsatz von *Hans Mommsen*, *Geschichtsschreibung und Humanität – Zum Gedenken an Hans Rothfels*, in: *Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert*, hrsg. von *Wolfgang Benz* und *Hermann Graml* (Stuttgart 1976) 22f.

³⁹ *Rothfels*, *Die deutsche Opposition gegen Hitler*, 20.

⁴⁰ *Einleitende Bemerkungen zur Herausgabe von 1986*, 10f.

selbst war sich sehr wohl bewußt, daß seine Neugründung mit zahlreichen und einigen schier übermächtigen Rivalen konkurrieren mußte. Es war ihm klar, daß Bonn weder Weimar noch Potsdam sein kann, daß auch Frankfurt, Hamburg oder München der Verpflanzung altpreußischer Traditionen keinen günstigen Boden boten. Meist hat er diese Begrenzung seiner Erfolgsaussichten mit Gelassenheit hingenommen. Sein letztes und eigentliches Ziel war ja auch nicht die Verpflanzung von Potsdam... Die Repräsentanten der deutschen Opposition als Hüter und Wiederhersteller der Humanität zu verstehen und dieses Verständnis den Lesern so zwingend zu machen, daß sie sich aufgerufen fühlen, dem Beispiel zu folgen, schien ihm in einer Welt, in der auch nach dem Ende der NS-Herrschaft Unmenschlichkeiten aller Art die Nationen zu überwältigen drohen, die wichtigste Aufgabe eines Historikers des Widerstands zu sein.“

So wie Rothfels deutete auch Ritter in seiner Goerdeler-Biographie, die Ende 1954 abgeschlossen wurde, den Widerstand als einen „Aufstand des Gewissens“. Unterschiedlich fiel jedoch die Akzentuierung der Werte aus. Als Repräsentant der national-liberalen Tradition hob Ritter die nationalen Werte hervor und plädierte für ein neues, „gesundes nationales Selbstbewußtsein“. Er erklärte⁴¹: „Wenn wir heute auf den Trümmern des Hitlerreiches uns bemühen, eine neue politische Volksgemeinschaft aufzubauen, so kommt alles darauf an, daß sie nicht wieder eine Gemeinschaft des brutalen nationalen Egoismus, des hemmungslosen, nackten Machtinteresses wird, sondern daß sie den Charakter einer sittlichen Gemeinschaft gewinnt, die sich im Innern aufbaut auf der Achtung vor der Würde und den Freiheitsrechten der menschlichen Persönlichkeit und die im Verkehr mit fremden Nationen auch das Lebensrecht der anderen zu respektieren weiß. Von dieser Einsicht wird auch die historische Betrachtung der deutschen Widerstandsbewegung heute auszugehen haben.“

Noch etwas anderes hob Ritter nachdrücklich hervor, nämlich die Machtlosigkeit der deutschen Opposition, deren „tragisches“ Scheitern gleichsam vorprogrammiert war. Die Gründe lagen für Ritter in den geringen Erfolgsaussichten, von innen das NS-Regime zum Einsturz zu bringen – selbst ein Tyrannenmord am 20. Juli 1944 wäre keine „wirksame Patentlösung“ gewesen – und in der Unmöglichkeit, gegen die „revolutionäre“ Hitlerbewegung eine „revolutionäre“ Volksbewegung in Gang zu setzen⁴². Ritter zog den Schluß, daß die „historische Mission“ der nationalen Opposition nicht darin gelegen habe, eine „Revolution“ zu machen, sondern eine „bürgerliche Ordnung an die Stelle von mörderischer Willkür und ewig gärendem Chaos zu setzen... Die Träger des Widerstandes durften also nicht Ehrgeizige sein, denen es primär auf die Erringung der Macht ankam, sondern Patrioten, in denen das sittliche Gewissen alle anderen Stimmen übertönte: gewissenhafte, rechtlich gesinnte Idealisten, die bewußt ihr Leben für Freiheit und Ordnung aufs Spiel setzten.“⁴³ Diese Bewertungsmaßstäbe galten nicht für alle Widerstandskämpfer. Als „Landesverräter“ wurden die Mitglieder der „Roten Kapelle“ eingestuft: Sie hatten „mit deutschem Widerstand ...

⁴¹ *Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung* (München 1964) 15.

⁴² Ebenda, 14.

⁴³ Ebenda, 13.

nichts zu tun“. Ritter war überzeugt, daß ihr Prozeß vor dem Reichskriegsgericht einwandfrei durchgeführt wurde und „nicht anders als mit einer Massenhinrichtung enden“ konnte⁴⁴. Keinen Platz im nationalen Widerstand konnte es auch für die anderen kommunistischen Widerstandsgruppen geben. Ritter verwies auf die „innere Verwandtschaft“ der beiden totalitären nationalsozialistischen und bolschewistischen Systeme⁴⁵, als er die scharfe Trennungslinie zwischen der bürgerlich-nationalen Opposition und dem kommunistischen Antifaschismus zog.

Die Vergleiche zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus im Sinne der Totalitarismustheorie wurden von westdeutschen Historikern schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit gezogen⁴⁶. Sie ließen sich nahtlos in die Hitlerismus-Vorstellungen integrieren: Beide Konzepte prägten das Bild, das vom NS-Herrschaftssystem entworfen wurde. Das NS-Regime erschien als ein monolithischer Block: hierarchisch strukturiert, rational durchorganisiert und einzig und allein durch die Omnipotenz des „Führers“ zusammengehalten. Politik und Verbrechen des Dritten Reiches resultierten aus dem machiavellistischen Machtstreben und der Dämonie Hitlers. Terror und Indoktrination erzwangen die Unterwerfung der Bevölkerung. Die starke Hervorhebung der monolithisch-totalitären Züge des NS-Regimes⁴⁷ versperrte den Blick auf die politischen und gesellschaftlichen Mechanismen, die zur Durchsetzung des Nationalsozialismus geführt hatten. Sie erleichterte es, den Nationalsozialismus mit dem Kommunismus gleichzusetzen. Die Identifizierung diente dazu, den sich in der Phase des Kalten Krieges ausbreitenden Antikommunismus „wissenschaftlich“ abzusichern. Dieses Bedürfnis nahm ab, als sich das Ost-West-Verhältnis entspannte. Die Studien Karl Dietrich Brachers und das Sammelwerk mit Wolfgang Sauer und Gerhard Schulz zur nationalsozialistischen Machtergreifung signalisierten die Modifizierung der Totalitarismustheorie⁴⁸. Sie führten zugleich politologische, strukturgeschichtliche Betrachtungsweisen ein und leiteten damit einen Forschungstrend ein, der von Martin Broszat und anderen weiter vorangetrieben wurde. Die neuen, empirisch abgesicherten Untersuchungen zertrümmerten die monolithische Interpretation. Sie zeichneten das Bild eines Herrschaftsgefüges nach, das von mehreren „Machtsäulen“ getragen wurde, die, ineinander verzahnt, sich nicht selten bekämpften und blockierten. Als Bestandteile dieser dynamischen und komplizierten „Polykratie“⁴⁹ erschienen Hitler, NS-Führungsspitze, SS und Massenpartei sowie Staatsbürokratie, Wirtschaft, Militär, Kirchen und Wissenschaft. Herausgestellt wurde das „Bündnis“ zwischen Nationalsozialismus

⁴⁴ Ebenda, 108.

⁴⁵ Ebenda, 111.

⁴⁶ Vgl. *Wippermann*, „Deutsche Katastrophe“ oder „Diktatur des Finanzkapitals“?, 14 f. und 23 ff.

⁴⁷ Vgl. *Mommsen*, Haupttendenzen nach 1945, 119 f.

⁴⁸ *Karl Dietrich Bracher*, Stufen totalitärer Gleichstellung. Die Befestigung der nationalsozialistischen Herrschaft 1933/1934, in: *VJHZG* 4 (1956) 30–42; *Karl Dietrich Bracher*, *Wolfgang Sauer*, *Gerhard Schulz*, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34 (Köln 1960).

⁴⁹ Vgl. dazu *Martin Broszat*, Der Staat Hitlers (München 1969); *Peter Hüttenberger*, Nationalsozialistische Polykratie, in: *Geschichte und Gesellschaft* 2 (1976) 417–442; sowie *Hildebrand*, Das Dritte Reich, 162 f.

und alten sozial-konservativen Eliten, das dem System Funktionsfähigkeit, Effizienz und Dynamik sicherte.

Bei aller Dominanz, die dem Hitlerismus eingeräumt wurde, überrascht das Fehlen einer großen Hitler-Biographie. Für den „Ersatz“ sorgte die klassische Studie Alan Bullocks⁵⁰, 1960 legte Helmut Heiber die erste kleinere, wissenschaftliche Biographie vor⁵¹. Auf die Notwendigkeit und Bedeutung einer Hitler-Biographie wies ein Jahr später Waldemar Besson hin, als er sie zur wichtigsten „Aufgabe einer Geschichte des Nationalsozialismus“ deklarierte⁵². Die Erfüllung dieses Auftrages ließ noch etwas auf sich warten. In den folgenden Jahren erschienen zwar eine ganze Reihe biographischer Arbeiten, die vor dem Hintergrund der sog. „Hitlerwelle“ die Nachfrage deckten, aber erst mit dem Werk von Joachim Fest verfügte die westdeutsche Zeitgeschichtsforschung über eine umfassende Hitler-Biographie⁵³.

Wenig wurde über die NSDAP geschrieben. Die erste, kleine Überblicksdarstellung von W. Schäfer lag 1956 vor⁵⁴. 1960 erschienen die Beiträge von Werner Jochmann und Martin Broszat, die sich mit der „Kampfzeit“ der Partei befaßten⁵⁵. Die Literatur über die SS hielt sich ebenso in engen Grenzen. K. O. Paetel und vor allem H. Buchheim wandten sich diesem Themenkomplex zu⁵⁶. Die erste, knappe Überblicksdarstellung von E. Neusüß-Hunkel kam 1956 heraus⁵⁷. Wenig wurde auch über andere Themen nationalsozialistischer Innenpolitik geforscht. Verlauf und Hintergründe des „Röhmputschs“ wurden aufgedeckt⁵⁸. Ende der 50er Jahre lenkten Martin Broszat und Hubert Schorn den Blick auf die Rolle der Justiz⁵⁹; A. Klönne schrieb eine Geschichte der Hitlerjugend⁶⁰; für die Publizistik lag die frühe Untersuchung von Walter Hagemann aus dem Jahre 1948 vor⁶¹.

⁵⁰ Alan Bullock, Hitler. Eine Studie über Tyrannei (Englische Erstausgabe London 1952, Königstein 3 1977).

⁵¹ Helmut Heiber, Adolf Hitler. Eine Biographie (Berlin 1960).

⁵² Waldemar Besson, Neuere Literatur zur Geschichte des Nationalsozialismus, in: VJHZG 9 (1961) 329.

⁵³ Joachim Fest, Hitler. Eine Biographie (Berlin/Frankfurt/M. 1973).

⁵⁴ Wolfgang Schäfer, NSDAP. Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches (Hannover 1956).

⁵⁵ Werner Jochmann, Im Kampf um die Macht. Hitlers Rede vor dem Hamburger Nationalklub von 1919 (Frankfurt/1960); Martin Broszat, Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926–1927, in: VJHZG 8 (1960) 85–118.

⁵⁶ Karl Otto Paetel, Die SS. Ein Beitrag zur Soziologie des Nationalsozialismus, in: VJHZG 2 (1954) 1–32; Hans Buchheim, Die SS in der Verfassung des Dritten Reiches, in: VJHZG 3 (1955) 127–157. Ferner erschienen u. a.: Hans-Joachim Neufeldt u. a., Zur Geschichte der Ordnungspolizei 1936–1945 (Koblenz 1957); Hans-Günther Seraphim, SS-Verfügungstruppe und Wehrmacht, in: Wehrwiss. Rundschau 5 (1955) 569–585.

⁵⁷ Ermenbild Neusüß-Hunkel, Die SS (Hannover 1956).

⁵⁸ Hermann Mau, Die zweite Revolution – Der 30. Juni 1934; in: VJHZG 1 (1953) 119–137; Helmut Krausnick, Der 30. Juni 1934, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift „Das Parlament“ v. 30.6.1954. B25, 4 Bl.

⁵⁹ Martin Broszat, Zur Perversion der Strafjustiz im Dritten Reich, in: VJHZG 6 (1958) 390–443; Hubert Schorn, Der Richter im Dritten Reich (Frankfurt/M. 1959).

⁶⁰ Arno Klönne, Hitlerjugend (Frankfurt/M. 1955).

⁶¹ Walter Hagemann, Publizistik im Dritten Reich (Hamburg 1948).

Wenig Neigung bestand, das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Nationalsozialismus aufzuhellen. Das änderte sich erst, als diese Frage in das Zentrum der Faschismustheorie-Debatte rückte. Bis dahin stützte man sich auf Rechtfertigungsschriften nationalsozialistischer Kronzeugen – wie Hjalmar Schacht –, zog Untersuchungen zu Rate, die im Ausland entstanden waren, oder griff auf ein paar westdeutsche Beiträge zurück, die sich vorwiegend auf die Rolle Hitlers konzentrierten⁶².

Schon früh wandte man sich der Diplomatie- und Kriegsgeschichte zu, Gebieten, die von jeher zu den bevorzugten Themen der Geschichtswissenschaft gehörten – und sich mit den traditionellen Methoden bearbeiten ließen. Vornehmstes Ziel der historischen Aufklärungsarbeit war, den Weg in die Katastrophe aufzuhellen und sicherzustellen, daß es an der Kriegsschuld Deutschlands nichts zu rütteln und keinen Anlaß gab, eine neue Dolchstoßlegende in die Welt zu setzen. Damit wurde eine Grundposition bezogen, die sich deutlich von der nach 1918 unterschied. Der Hitlerismus legte sich über die Beschreibungs- und Interpretationsmuster. Die Fixierung auf Hitler – die Herausstellung seines machiavellistischen Machtstrebens und die Kritik an seinen politischen und militärischen Fehlentscheidungen – erlaubten es, Rolle und Verantwortlichkeit der politischen und militärischen Leitinstanzen des NS-Regimes auszugrenzen oder herunterzuspielen.

Auf Nürnberger Prozeßakten beruhte die Aufklärungsschrift, die der Diplomat Heinz Holldack – ein Schüler von Erich Marcks und Friedrich Meinecke – unter dem Titel „Was wirklich geschah“ 1949 herausgab⁶³. Drei Jahre später kamen „Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941/42“ heraus⁶⁴. 1950 begann die Edition der „Akten zur deutschen auswärtigen Politik“, an der Hans Rothfels führend beteiligt war⁶⁵. Mit der diplomatischen Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs befaßten sich vor allem S. A. Kaehler und Rudolf Stadelmann⁶⁶. Angeregt durch Percy Ernst Schramm machten sich Hans Adolf Jacobsen, Andreas Hillgruber und andere an die Beschreibung und Dokumentation der außenpolitischen und militärischen Ereignisse⁶⁷.

⁶² Beispielhaft hierfür: *Wilhelm Treue*, Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, in: VJHZG 3 (1955) 184–210; *Paul Kluge*, Hitler und das Volkswagenprojekt, in: VJHZG 8 (1960) 341–383; *Gerhard Meinck*, Hitler und die deutsche Aufrüstung 1933–1937 (Wiesbaden 1957).

⁶³ München.

⁶⁴ Hrsg. v. *Gerhard Ritter* (Bonn 1951).

⁶⁵ Serie D 1937–1941.

⁶⁶ *Siegfried August Kaehler*, Zur diplomatischen Vorgeschichte des Kriegsausbruchs vom 1. IX. 1939, in: Nachr. d. Akad. d. Wiss. in Göttingen, Phil. Hist. Klasse 1949, Nr. 1; *ders.*, Zwei deutsche Bündnisangebote an England 1889 und 1939, ebenda 1949; *Rudolf Stadelmann*, Deutschland und England am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, in: Festschrift für Gerhard Ritter (Tübingen 1950).

⁶⁷ *Andreas Hillgruber*, Hitler, König Carol und Marschall Antonescu (Wiesbaden 1954); *Hans-Adolf Jacobsen*, Dokumente zur Vorgeschichte des Westfeldzuges 1939–1940 (Göttingen 1956); *ders.*, Der Fall Gelb (Wiesbaden 1957); *ders.*, 1939–1945 Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten (Darmstadt 1959); *Walther Hofer*, Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Eine Studie über die internationalen Beziehungen im Sommer 1939 (Stuttgart 1954).

Vorstöße zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Besatzungspolitik wurden unternommen. In Tübingen bemühte sich ein „Institut für Besatzungsfragen“ um die Sammlung und Edierung von Materialien. Siegfried A. Kaehler skizzierte „Geschichtsbild und Europapolitik des Nationalsozialismus“⁶⁸; Paul Kluge behandelte die „Nationalsozialistische Europapolitik“⁶⁹, Hans-Dietrich Look untersuchte die „Großgermanische Politik im Dritten Reich“ und lenkte den Blick auf die Geschehnisse in Norwegen und in den Niederlanden⁷⁰. Dokumentationen in den „Vierteljahrsheften“ legten Zeugnis über die nationalsozialistische Gewaltherrschaft in den besetzten Ostgebieten ab. 1961 erschien Martin Broszats richtungsweisende Studie zur nationalistischen Polenpolitik⁷¹.

Gleichwohl blieben noch historische Legenden am Leben, die hohe Offiziere, Diplomaten und andere in ihren „Memoiren“ oder vor den alliierten Gerichtstribunalen verbreitet hatten. Gelegentlich tauchten in historischen Kreisen Thesen auf, die im Dritten Reich verkündet und von Neonazis weiter tradiert worden waren. So rechtfertigte Walther Hubatsch nicht nur die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, sondern auch die militärische Besetzung Dänemarks und Norwegens⁷². Hellmuth Rössler schob den Engländern und Polen die Hauptschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zu⁷³. Für Furore sorgten für kurze Zeit Apologien ausländischer Autoren. Scharf wurden die Geschichtsfälschungen des Amerikaners David Hoggan zurückgewiesen. Auf Kritik und Ablehnung stießen die Thesen des renommierten englischen Historikers A. J. P. Taylor, der die Kontinuität in der „Revisionspolitik“ Stresemanns und Hitlers entdeckte und darüber hinaus die Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges allen am Geschehen beteiligten Staaten in die Schuhe schob⁷⁴. Eine zweite – und für den Gang der westdeutschen Zeitgeschichtsforschung entscheidende Debatte – entzündete sich an der These Hugh R. Trevor-Ropers, der 1960 auf die Kontinuität und Konsistenz von „Hitlers Kriegszielen“ hinwies und mit besonderem Nachdruck das Fernziel der hegemonialen Lebensraum-Politik im Osten herausstellte⁷⁵. Der Ansatz wurde aufgenommen; er schlug sich schnell in den Darstellungen und Diskussionen über das „Programm“ und den „Stufenplan“ nationalsozialistischer Außen- und Expansionspolitik nieder.

Keinen Anlaß sah man, sich mit der Wissenschaft – und speziell mit der Rolle der Geschichtswissenschaft im Dritten Reich – auseinanderzusetzen. Unmittelbar nach Kriegsende war die Bereitschaft zur kritischen Selbstüberprüfung noch vorhanden ge-

⁶⁸ In: Die Sammlung, 9. Jg. 7/8 Heft 1954.

⁶⁹ In: VJHZG 3 (1955) 240–279.

⁷⁰ In: VJHZG 8 (1960) 37–63.

⁷¹ Martin Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945 (Stuttgart 1961).

⁷² Walther Hubatsch, „Weserübung“. Die deutsche Besetzung von Dänemark und Norwegen (Göttingen 1960). Vgl. dazu auch Iggers, Deutsche Geschichtswissenschaft, 447 ff.

⁷³ Hellmuth Rössler, Deutsche Geschichte (Gütersloh 1961).

⁷⁴ Vgl. dazu Gotthard Jasper, Über die Ursachen des Zweiten Weltkriegs; Zu den Büchern von Alan John Percivale Taylor und David L. Hoggan, in: VJHZG 10 (1962) 311–340.

⁷⁵ Hugh Redwald Trevor-Roper, Hitlers Kriegsziele, in: VJHZG 8 (1960) 121–133.

wesen. Auf dem Historikertag von 1949 verlangte Gerhard Ritter, sich nicht mehr mit überflüssigen „Versuchen nachträglicher Selbstanklage oder Selbstrechtfertigung“ aufzuhalten⁷⁶. Er hatte schon Ende 1945 die Leitlinie abgesteckt, als er der Professoren-schaft attestierte, daß sie sich – von unrühmlichen Ausnahmen abgesehen – dem Einfluß der Nationalsozialisten weitgehend entzogen und sich in ihrer Arbeit an den Maßstäben der wissenschaftlichen Objektivität orientiert hätte⁷⁷. Hans Rothfels und Theodor Schieder bestätigten diese Auffassung⁷⁸. Erst das monumentale Werk Helmut Heibers über „Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands“, 1958 begonnen und 1966 veröffentlicht, sowie Karl Ferdinand Werners Studie „Das NS-Geschichtsbild und die deutsche Geschichtswissenschaft“⁷⁹ markierten die Wende zu einer kritischen Aufarbeitung. Für Manfred Funke waren die Antworten nach 1945 deshalb so unbefriedigend und zaghaft, „weil sich bei der Wahrheitssuche dem Wissenschaftler eine tiefe Scham entgegenstellte: Nämlich die Erkenntnis, daß man sich in Allianzen mit Hitler von diesem zumindest zeitweilig das überkommene Kultur-, Lebens- und Wissenschaftsverständnis gewährleisten ließ. Und dies im doch sich rasch aufzwingenden Wissen, daß das NS-System antibürgerlich, antiwissenschaftlich, bildungsfeindlich und in seinem Rassismus zutiefst inhuman war.“⁸⁰

Es konnte dann wohl auch nicht von den Nachkriegshistorikern erwartet werden, daß sie sich an die schnelle Erforschung eines Themenbereiches heranwagten, der zu den Grundzielen und zentralen Verbrechenskomplexen des NS-Systems gehörte, nämlich der Verfolgung und Vernichtung der Juden. Dafür gab es Gründe⁸¹. Für den kleinen Kreis derer, die sich im Dritten Reich als NS-Apologeten oder Autoren jüdenfeindlicher Traktate ausgezeichnet hatten, verbot sich nach Auschwitz jede öffentliche Stellungnahme von selbst. Der großen Mehrheit, die den Rassenfanatismus abgelehnt hatte, mußte es schwerfallen, ein Thema aufzugreifen, das sich jeder historischen Erfahrung entzog. Hinzu kam: Die deutschen Historiker waren von jeher weder in der

⁷⁶ Vgl. Anm. 19.

⁷⁷ *Gerhard Ritter*, Der deutsche Professor im Dritten Reich, in: *Die Gegenwart* 1, No. 1, 24 (Dezember 1945) 23–26; *ders.*, Deutsche Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert, in: *GWU* 1 (1950) 81–86, 129–137; *ders.*, Die Fälschung des deutschen Geschichtsbildes im Hitlerreich, in: *Deutsche Rundschau* 70 (1947).

⁷⁸ *Rothfels*, Die deutsche Opposition, 50; *ders.*, Deutsche Geschichtswissenschaft in den 30er Jahren, in: *Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus*, hrsg. von *Andreas Flitner* (Tübingen 1965) 90–107; *Theodor Schieder*, Die deutsche Geschichtswissenschaft im Spiegel der Historischen Zeitschrift, in: *HZ* 189 (1959) 1–104. Vgl. dazu *Iggers*, *Deutsche Geschichtswissenschaft*, 318 ff.

⁷⁹ Stuttgart 1967.

⁸⁰ *Manfred Funke*, Universität und Zeitgeist im Dritten Reich, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenschrift, „Das Parlament“* B12/86, 22.3.1986, 14.

⁸¹ Vgl. dazu im einzelnen *Konrad Kwiet*, Zur historiographischen Behandlung der Judenverfolgung im Dritten Reich, in: *MGM* 27 (1980) 144–192, sowie *O. D. Kulka*, Major Trends and Tendencies in German Historiography on National Socialism and the „Jewish Question“ (1924–1984), in: *Year Book of the Leo Baeck Institute* XXX (1985) 215–242.

Lage noch willens gewesen, Bereiche der Judenverfolgung, des Antisemitismus und der deutsch-jüdischen Geschichte in den Kanon der erforschungswürdigen Gegenstände zu erheben. Und schließlich: Die Auseinandersetzung mit der „Judenfrage“ implizierte die Frage nach den eigenen Einstellungen und Verhaltensweisen. Die meisten Historiker hatten – so wie große Teile der nationalkonservativen Führungseliten – die Existenz einer „Judenfrage“ in Deutschland nicht bestritten und die Auffassung vertreten, daß sie einer „Lösung“ bedürfe⁸². Spontane und offene Proteste waren ausgeblieben, als Fachkollegen aus „rassischen“ und/oder politischen Gründen aus Gesellschaft und Wissenschaft vertrieben wurden⁸³. Nur in der privaten Sphäre hatten sich vereinzelt Äußerungen des Unmuts und der Empörung niedergeschlagen. Stillschweigend waren dann soziale Ausgrenzung und – ab Herbst 1941 – Abtransport der Juden hingenommen worden. Nach 1945 zeigten sich die Historiker betroffen und über den Judenmord entsetzt. Gleichwohl läßt sich die These aufstellen, daß es ihnen angesichts der vielbeklagten „deutschen Katastrophe“ ratsamer erschien, die Erforschung der „jüdischen Katastrophe“ den unmittelbar Betroffenen, den Juden selbst, zu überlassen.

Hinter dem Schutzschild einer offensichtlich nur als mittelbar empfundenen Betroffenheit glaubten sie der Verantwortung enthoben zu sein, selbst Rechenschaft über eine Gesellschaft zu geben, die die „Judenfrage“ gestellt – und in Auschwitz gelöst hatte. Mit wenigen Sätzen ging Friedrich Meinecke 1946 in seiner Schrift über die „Deutsche Katastrophe“ auf die „Judenfrage“ ein. Die Betrachtungen erschöpften sich in der Verwerfung des nationalsozialistischen Antisemitismus und in der Klage, daß „in den Gaskammern der Konzentrationslager ... der letzte Hauch christlich-abendländischer Gesittung und Menschlichkeit“⁸⁴ erstarb sowie in Rückblicken, die noch immer von altvertrauten Ressentiments gegenüber den Juden durchzogen waren⁸⁵.

Auskunft über die Verfolgung gaben die alliierten Kriegsverbrecherprozesse und die Flut der Zeitzeugenberichte. Nach der Befreiung aus dem KZ Buchenwald schrieb Eugen Kogon seinen Bericht „Der SS-Staat“ nieder, in dem er den Versuch unternahm, die Erfahrung der Lagerhaft mit einer wissenschaftlichen Analyse über „das System der Konzentrationslager“ zu verbinden. Die Publikation – 1946 erschienen – erreichte hohe Auflagenziffern und gilt noch heute als ein unübertroffenes Standardwerk. 1949 legten Alexander Mitscherlich und Friedrich Mielke die Dokumentation „Wissenschaft ohne Menschlichkeit“ vor, die ebenso eine starke Resonanz fand und 1960 unter dem Titel „Medizin ohne Menschlichkeit“ neu herausgegeben wurde.

Erste Impulse zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Judenverfolgung gingen vom Institut für Zeitgeschichte aus. Auch hier dominierten zunächst dokumentarische Nachweise. Hans Rothfels edierte 1953 – in der ersten Num-

⁸² Vgl. Reinhard Rürup, Das Ende der Emanzipation, in: Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland, hrsg. von Arnold Paucker (Tübingen 1986) 100.

⁸³ Iggers, Die deutschen Historiker in der Emigration, in: Geschichtswissenschaft in Deutschland, 97–111.

⁸⁴ Meinecke, Die deutsche Katastrophe, 125.

⁸⁵ Ebenda, 29, 53.

mer der „Vierteljahrshefte“ – den Augenzeugenbericht des SS-Offiziers Kurt Gerstein über die Massenvergasungen⁸⁶; 1959 folgte seine Dokumentation „Zur Umsiedlung der Juden im Generalgouvernement“⁸⁷. Helmut Heiber edierte Akten über den Gauleiter Kube und die SS-Einsatzgruppen im besetzten Rußland⁸⁸. 1959 erschienen die von Martin Broszat herausgegebenen autobiographischen Aufzeichnungen des Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höss⁸⁹. Zwei Jahre später folgten die Aufzeichnungen des Dr. Lösener, des „Judenreferenten“ des Reichsinnenministeriums⁹⁰. Aus der Feder Hermann Gramls stammte die kleine Studie, die Licht auf das Judenpogrom vom November 1938 warf⁹¹. Spät kam die erste, knappe Überblicksdarstellung eines westdeutschen Historikers zur Geschichte der Judenverfolgung im Dritten Reich heraus: Wolfgang Scheffler legte sie 1960 vor⁹².

Zu diesen westdeutschen Publikationen gesellten sich die Beiträge jüdischer Autoren: nur eine Handvoll wurde in der Bundesrepublik verfaßt. Hans Lamm promovierte 1951 in Erlangen mit einer Arbeit „Über die innere und äußere Entwicklung des deutschen Judentums im Dritten Reich“ zum Doktor der Philosophie; Leon Poliakov und Josef Wulf brachten 1955 ihre Quellensammlung „Das Dritte Reich und die Juden“ heraus⁹³; im gleichen Jahr erschien H. G. Adlers Werk über Theresienstadt. Der Dokumentenband folgte 1958⁹⁴. Dokumentations- und Forschungszentren wurden im Ausland aufgebaut. Die Erfahrungen der Leidenszeit bestimmten die Rückschau, im Mittelpunkt standen Dokumentation und Beschreibung des Verfolgungs- und Vernichtungsprozesses. Sie schlugen sich in einer Flut von Erlebnisberichten und Einzeldarstellungen sowie in einigen Überblickswerken nieder: Gerald Reitlingers „Final Solution“ lag 1956 in deutscher Übersetzung vor⁹⁵. Im Ausland – und fast ausschließlich von Emigranten – wurden die Arbeiten geschrieben, die sich mit der Geschichte des Antisemitismus in Deutschland befaßten⁹⁶. Das Hauptaugenmerk richtete sich zunächst nur auf den Zeitraum vor 1933: kein Emigrant nahm in den Nachkriegsjahren das Thema der Judenvernichtung auf.

Antisemitismus und Judenverfolgung rückten Anfang der 60er Jahre in das Blickfeld der westdeutschen Öffentlichkeit. Das geschah vor dem Hintergrund der Juden-

⁸⁶ Augenzeugenberichte zu den Massenvergasungen, in: VJHZG 1 (1953) 177–194.

⁸⁷ Zur „Umsiedlung“ der Juden im GG, in: VJHZG 7 (1959) 333–336.

⁸⁸ Aus den Akten des Gauleiters Kube, in: VJHZG 4 (1956) 184–210.

⁸⁹ R. Höss, Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen. Eingel. und kommentiert von Martin Broszat (Stuttgart 1959).

⁹⁰ Walter Strauß, Das Reichsministerium des Inneren und die Judengesetzgebung. Aufzeichnungen von Dr. Bernhard Lösener, in: VJHZG 9 (1961) 262–313.

⁹¹ Hermann Graml, Der 9. November 1938 (Bonn 1958).

⁹² Wolfgang Scheffler, Judenverfolgung im Dritten Reich. 1933 bis 1945 (Berlin 1960).

⁹³ Berlin 1955.

⁹⁴ Theresienstadt 1941–1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft (Tübingen 1955); Die verheimlichte Wahrheit. Theresienstädter Dokumente (Tübingen 1958).

⁹⁵ Gerald Reitlinger, Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945 (Frankfurt 1956, 4. Auflage 1961. Englische Erstausgabe London 1953).

⁹⁶ Vgl. dazu Kulka, German Historiography, 223 f.

mordprozesse, antisemitischer Ausschreitungen und des Jerusalemer Eichmann-Tribunals. Eine Aufklärungskampagne setzte ein, die aber nicht nur positive Wirkungen hatte, sondern allzusehnell auch eine gewisse Immunisierung der Bevölkerung erzeugte. Ausstellungen und Kirchentagsdiskussionen wurden organisiert, Mahn- und Gedenkbücher veröffentlicht. Man begann, Schulbücher und Geschichtsunterricht zu revidieren und an einigen Universitäten Vorkehrungen zu treffen, die bis dahin fast völlig ausgeklammerten Themenbereiche in das Lehr- und Forschungsprogramm mit aufzunehmen. Gleichzeitig vollzog sich an den Universitäten eine personelle Wachablösung, eine jüngere Historikergeneration etablierte sich und leitete die Emanzipation von den traditionellen Themen und Methoden der Geschichtsschreibung ein. Seit Anfang der 60er Jahre stieg die Zahl westdeutscher Historiker, die sich mit der nationalsozialistischen Judenverfolgung befaßten. Trotz aller Bemühungen blieben empirische Detailaufhellung und Theoriebildung fragmentarisch und unbefriedigend. Dies galt nicht nur für die Aufdeckung des konkret-historischen Entscheidungsprozesses oder die Absicherung einer überzeugenden Interpretation der Judenvernichtung, sondern vor allem auch für die Fragen nach der Verantwortung der Gesellschaft und den Verhaltensweisen der Juden. Erst in jüngster Zeit wandte man sich diesen zentralen Fragestellungen zu.

In der Öffentlichkeit hat die historische Aufklärungsarbeit der Zeitgeschichtsforschung wenig Anerkennung und Resonanz gefunden. Sie vermochte weder das allgemeine Defizit an historischem Wissen über das Dritte Reich und die Judenverfolgung abzubauen, noch den vielfältigen apologetischen Spekulationen und historischen Legenden, geschweige denn den antisemitischen Bewußtseinshaltungen und Vorfällen einen Riegel vorzuschieben. Es bedurfte offensichtlich erst der Ausstrahlung der amerikanischen Fernsehserie „Holocaust“, um im Januar 1979 die Verfolgung und Vernichtung der Juden zum „Thema der Nation“ zu erheben und emotionale Reaktionen freizusetzen, mit denen man schon den großen Durchbruch zu beweisen suchte. Nach „Holocaust“ folgte „Shoah“. Zweifel sind angebracht, ob diese Medienereignisse langfristige Bewußtseinsveränderungen ausgelöst haben. Die etablierte Geschichtswissenschaft geriet unversehens in das Schußfeld der Kritik, „jahrelang an den Interessen und Bedürfnissen der Öffentlichkeit vorbeigelebt zu haben“⁹⁷. Der Vorwurf übersah, daß die westdeutsche Gesellschaft selbst über Jahre hinweg Interessen und Bedürfnisse entwickelt und artikuliert hat, die die Aufnahme solcher Forschungsergebnisse ausschlossen. Gespannt darf man auf den Ausgang des „Historikerstreits“ sein, der gegenwärtig in der Bundesrepublik ausgetragen wird und der zeigt, wie schwer den Historikern noch immer der „Umgang“ mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und speziell mit dem deutschen Judenmord fällt.

⁹⁷ So *Heinz Höhne*, Schwarzer Freitag für die Historiker, in: *Der Spiegel*, Nr. 5, 33. Jg., 29.1.1979, 22. Vgl. dazu *Martin Broszat*, „Holocaust“ und die Geschichtswissenschaft, in: *VJHZG* 27 (1979) 285–298.